

MARIUS PALZ

MIT PROTESTPLAKAT UND REGENSCHIRM

IST DIE ANTIKRIEGSBEWEGUNG IN JAPAN GESCHEITERT?

Auch wenn in den deutschen Medien nicht viel davon ankam: 2015 war ein politisch heißer Sommer in Japan. Nachdem die japanische Regierung unter Shinzō Abe schon im Jahr zuvor gegen größeren Widerstand aus der Bevölkerung das umstrittene «Gesetz zum Schutze bestimmter (Staats-)Geheimnisse» (*Tokutei himitsu no hogo ni kansuru hōritsu*) verabschiedet hatte, brachten die Pläne für das Jahr 2015 Hunderttausende im ganzen Land auf die Straße. Mit der Uminterpretation des neunten Artikels der japanischen Verfassung, demzufolge es Japan lediglich gestattet ist, ein Heer zur Verteidigung der nationalen Sicherheit zu unterhalten, hat die Regierungskoalition aus Liberaldemokraten (LDP) und Kōmeitō, einer Partei, die inoffizielle Verbindungen zur neo-buddhistischen Sekte Soka-gakkai unterhält, den Weg für die ersten aktiven Kampfeinsätze seit dem Ende des Pazifikkriegs vor 70 Jahren geebnet. Nun ist es den sogenannten Selbstverteidigungsstreitkräften gestattet, das Recht auf kollektive Selbstverteidigung wahrzunehmen. Dies bedeutet im Klartext: Sollte ein Bündnispartner, beispielsweise die Vereinigten Staaten, unter Beschuss geraten, kann das japanische Militär diesem zur Hilfe kommen und aktiv in Kriegshandlungen eingreifen. Japanische SoldatInnen an der Seite Amerikas sind nun vorstellbar. Für viele Menschen in Japans Nachbarstaaten, aber auch für viele JapanerInnen selbst, wird somit ein lang befürchtetes Szenario immer realistischer: die Abkehr vom Pazifismus. Doch auch wenn die Proteste das Durchdrücken der «Sicherheitsgesetze» (*Anzen hoshō kanren hōan*) nicht stoppen konnten, wäre es ein Fehler, sie als fruchtlos abzutun.

EINE ABGESCHRIEBENE GENERATION?

An einem Freitagabend im Juni gegen 19:30 Uhr. Es gießt wie aus Eimern, schon seit Tagen. Die Regenzeit in Japan macht vor niemandem halt, und doch haben sich wieder mehrere Tausend DemonstrantInnen vor dem Parlamentsgebäude in Tokios Regierungsviertel eingefunden. Hinter kniehohen Plastikabsperrungen haben sie sich entlang des Bürgersteigs in einer langen Schlange aufgereiht. In der einen Hand einen Regenschirm, in der anderen ein Protestschild mit Aufschriften wie «War is over, if you want it!» oder «Youth against fascism». Wie jeden Freitagabend.

Auf der anderen Seite des Bürgersteigs reihen sich PolizistInnen auf, ermahnen die PassantInnen, zügig weiterzugehen oder hinter die Absperrung zu treten, falls man sich den Protestierenden anschließen wolle. Wie jeden Freitagabend.

An einer Straßenecke am Kopf der protestierenden Schlange haben sich, den Rücken zum Parlamentsgebäude gewandt, JournalistInnen und FotografInnen eingefunden, die abwarten, was passiert, bis ein junger Mann mit Kapuzenpulli und Baseballkappe auf eine Kiste steigt, den Blick Richtung Parlament gewandt, und ein Mikrofon zur Hand

nimmt. Modisch gekleidete junge Männer und Frauen umgeben ihn. Im Hintergrund läuft ein dezenter Hip-Hop-Beat. Wie jeden Freitagabend.

Und dann gehen die Protestrufe los: «*Abe yamerō!*» («Abe, tritt zurück!»), «*Kempō mamore!*» («Schütze die Verfassung!»), «*Shūdanteki jieken wa iranai!*» («Wir brauchen kein kollektives Selbstverteidigungsrecht!»), «*Sensō iranai!*» («Wir brauchen keinen Krieg!»). Der junge Mann schreit aus voller Kehle, und die Anwesenden folgen seinem Beispiel. In den ersten Reihen sieht man vor allem junge Gesichter um die Zwanzig. Viele StudentInnen sind dem Aufruf der Gruppe Student Emergency Action for Liberal Democracy (SEALDs) gefolgt, was in Japan seit den gewaltvollen Studentenprotesten der 1960er und 1970er Jahre eine Seltenheit ist. Die Proteste der letzten Jahrzehnte wurden von RentnerInnen und Hausfrauen getragen. Bei der arbeitenden Bevölkerung und den jungen Leuten sind sie, abgesehen von ersten Sounddemos gegen den Irakkrieg und Massenprotesten nach Fukushima, eher negativ besetzt.

Doch die Proteste jetzt scheinen etwas anderes zu sein. VertreterInnen aller Altersgruppen sind anwesend, aber was

das Wichtigste ist: Die jungen Leute sind hier federführend. Mit einer Protestform, deren Grundlage die Kommunikation über soziale Netzwerke ist und die Jugendkultur wie Hip-Hop oder Modebewusstsein mit politischem Engagement verbindet, konnte eine Generation gewonnen werden, der man bisher politische Gleichgültigkeit nachsagte.

Solche und ähnliche Szenen fanden den kompletten Sommer über statt, mit Spitzenzahlen von mehr als 120.000 Protestierenden vor dem Parlamentsgebäude. Rechnet man die Menschen, die an anderen Stellen im Regierungsviertel protestierten, und die Fluktuation der TeilnehmerInnen der über mehrere Stunden andauernden Protesten mit ein, sollten diese Zahlen noch weitaus höher ausfallen. In solch einem Kontext machten auch die kniehohen Plastikabsperrungen keinen Sinn mehr; Polizei und Presse mussten aufstocken. Selbst regierungsnahen Medien kamen nicht mehr umhin, über die Proteste zu berichten, denn auch in anderen Teilen des Landes – von Okinawa im Süden bis Sapporo im Norden – gingen Menschen auf die Straße. Darüber hinaus sah man RednerInnen der Gruppe SEALDs immer wieder Pressekonzferenzen und Interviews in Talkshows geben. Aki Okuda, eines der wichtigsten Gesichter der Organisation, schaffte es mit seinen 23 Jahren sogar bis ins Parlament, wo er an die Vernunft der Regierung und die Tatkraft der Opposition appellierte.

Neben der Studentenorganisation haben sich weitere Gruppen zusammengesetzt, wie beispielsweise die Association of Scholars Opposed to the Security-related Laws (ASOSB) oder Mothers Against War, eine Vereinigung besorgter Mütter, die um die Zukunft ihrer Kinder fürchtet. Doch nicht nur die Protestgruppen, die sich formiert haben, sondern auch die Rufe nach einer ausführlicheren Erklärung bezüglich der Absichten der neuen Sicherheitsgesetze zeigen, dass die Abe-Regierung über die Köpfe eines Großteils der Bevölkerung hinweg entschieden hat. Im September 2015 drückte sie ihr Gesetzespaket mit einer Mehrheit im Repräsentantenhaus durch. Ein herber Schlag für die Antikriegsbewegung in Japan.

DIE BEFÜRCHTUNGEN DER PROTEST-BEWEGUNG

Doch welche Befürchtungen hegen die jungen Protestierenden, die im vergangenen Sommer für so viel Aufmerksamkeit gesorgt haben? Es geht ihnen nicht nur um das angespannte Verhältnis zu den Nachbarstaaten Korea und China. Sie verstehen sich vielmehr als weltoffene junge Menschen, dem Kampf gegen Gewalt und rechtes Gedankengut verpflichtet – ein Gedankengut, das tief in einer politischen Elite verankert ist, die mit Rückblick auf den Pazifikkrieg Themen wie Zwangsprostitution von koreanischen und chinesischen Frauen an der Front verharmlost und in enger Verbindung zur nationalistischen Organisation Nippon Kaigi steht. Diese befürwortet unter anderem offizielle Besuche des Ministerpräsidenten im Yasukuni-Schrein, einem Shinto-Schrein zur Verehrung von Kriegsgefallenen, unter denen auch Kriegsverbrecher der Klasse A sind, also solche, denen bei den Tokioter Prozessen «Verbrechen gegen den Frieden» vorgeworfen wurden. Besuche von hochrangigen PolitikerInnen, vor allem dann, wenn sie nicht privater Natur sind, sorgen immer wieder für massive Proteste vor allem aus China und Korea, aber auch vonseiten der japanischen Linken.

Darüber hinaus sieht die Protestbewegung die Grundlagen der Demokratie in Gefahr. Das bereits erwähnte «Gesetz zum

Schutze bestimmter (Staats-)Geheimnisse» stellt im Prozess des Demokratieabbaus nur den Anfang dar. Nach diesem Gesetz können Staatsgeheimnisse willkürlich bestimmt und sowohl BürokratInnen, die diese Informationen weitergeben, als auch JournalistInnen härter bestraft werden. Für Staatsangestellte ist es schwer einzuschätzen, welche Informationen als geheim eingestuft werden könnten. Dies kann zur Folge haben, dass von Beginn an weniger Informationen den Weg in die Öffentlichkeit finden werden.

Japans Konservative haben mit der geschichtsrevisionistischen Linie Abes, der bereits in den 1990er Jahren als Führer der «Gesellschaft zur Schaffung neuer Geschichtslehrbücher» (*Atarashii rekishi kyōkasho o tsukuru kai*) japanische Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg heruntergespielt, dem Land einen erneuten Ruck nach rechts versetzt. Den nun durchgesetzten Reformen, die in den Augen der Protestierenden den Willen des Volkes missachten, sollen weitere folgen.

So erbat Hakubun Shimomura (LDP), Minister für Bildung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie, in einem Schreiben an die 86 staatlichen Universitäten des Landes vom 8. Juni 2015 Reformentwürfe, die einen Abbau der Geisteswissenschaften zum Ziel haben. Offiziell wird hierfür als Erklärung angegeben, dass im Gegenzug wirtschafts- und naturwissenschaftliche Fächer gestärkt werden sollen, um eine bessere Vorbereitung der AbsolventInnen auf den Arbeitsmarkt gewährleisten und Bedürfnisse der Gesellschaft besser abdecken zu können. KritikerInnen ist jedoch bewusst, dass eine solche Maßnahme auf das Herz des linken und liberalen Aktivismus in Japan abzielt, dessen VertreterInnen häufig einen Hintergrund in geisteswissenschaftlichen Fächern haben. Es wird befürchtet, dass die konservative Regierung langsam, aber sicher kritische Stimmen zum Schweigen bringen möchte.

Darüber hinaus sind die enormen Studiengebühren eine weitere Belastung für die junge Generation. Viele haben Angst, dass diese bald nicht mehr zu finanzieren sind, denn schon jetzt ermöglichen sich die meisten ihr Studium entweder über Darlehen oder durch die Ersparnisse der Eltern. Es ist zu befürchten, dass sich aus diesem Grund in Zukunft mehr junge Menschen gegen eine akademische Ausbildung und für eine Karriere beim Militär entscheiden. Diesem wurde nun der Weg für Auslandseinsätze frei gemacht. Ein Szenario, das man bereits zur Genüge aus den Vereinigten Staaten kennt. Für viele zeichnet sich damit ein kalkulierter Plan zu einem Staat hin ab, der militärpolitische und bildungspolitische Reformen ineinandergreifen lässt. Die Befürchtungen der besorgten Mütter und StudentInnen sind also durchaus ernst zu nehmen.

RECHTSEXTREMISMUS IM INTERNET

Ein weiteres Phänomen, mit dem die jungen AktivistInnen zu kämpfen haben, ist auch in Deutschland bekannt: Die Verbreitung von rechten Parolen über das Internet; im Kommentarteil von Twitter, Facebook und Co., aber auch auf eigens eingerichteten Seiten. Pazifismus sei nur Feigheit vor der Verteidigung des eigenen Volkes und eine Flucht aus internationaler Verantwortung, gehört noch zu den harmlosesten Anfeindungen. Zuhäuf behaupten die «Internet-Rechten», in Japan *netouyo* genannt, dass ProtestteilnehmerInnen koreanisch- oder chinesischstämmige SaboteurInnen seien und als Marionetten der kommunistischen Partei erhalten müssten. Anderen wird nahegelegt, besser den Mund zu einem Thema zu halten, von dem

sie – schlicht und einfach aufgrund ihres Alters – nichts verstanden. An weibliche Aktivistinnen gerichtete sexistische Kommentare, die inhaltlich weit am eigentlichen Thema der Debatte vorbeigehen, und an den Aktivisten Aki Okuda gesandte Morddrohungen zeigen, dass in diesem Kontext rechte Gruppen zumindest vor psychischer Gewalt nicht zurückschrecken. Das Potenzial rechter Gewalt ist in der japanischen Gesellschaft also durchaus vorhanden, auch wenn bisher keine direkten Übergriffe auf ProtestteilnehmerInnen bekannt geworden sind.

Obgleich sie nicht in direkter Verbindung zu den Antikriegsprotesten stand, sorgte im Kontext des rechten Internetaktivismus eine Illustration der konservativen Cartoonistin Toshiko Hasumi im Oktober 2015 für Aufmerksamkeit. Das auf Facebook veröffentlichte Bild zeigt ein syrisches Flüchtlingskind mit folgender Bildunterschrift: «Ich möchte sicher leben, möchte ein sauberes Leben führen, möchte leckere Sachen essen, möchte frei spielen, möchte mich schick anziehen, möchte im Luxus schwelgen, ohne Mühen. Ich möchte so leben, wie ich es will, auf Kosten von anderen. Ich hab's, ich werde Flüchtling!»

Ein solches Bild würde sicherlich auch hierzulande bei vielen Pegida- und AfD-AnhängerInnen auf fruchtbaren Boden fallen. Die japanische Regierung hat im vergangenen Jahr aber nur elf Anträge von etwa 5.000 Asylsuchenden akzeptiert – und das bei stark rückläufigen Geburtenraten und einer Überalterung in der japanischen Gesellschaft. Asylanträge werden vor allem von Menschen aus Ländern gestellt, zu denen Japan relativ gute Beziehungen unterhält, beispielsweise aus Myanmar, Nepal und der Türkei. Auch wenn gleichzeitig eine Rekordsumme an finanzieller Hilfe von 181,6 Millionen US-Dollar an die UN Refugee Agency gezahlt wurde, was Japan zum zweitgrößten Geldgeber nach den USA macht, behält das Land seine restriktive Einwanderungspolitik bei und möchte stattdessen das Geburtenproblem selbst in den Griff bekommen sowie ältere Menschen und Frauen besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Auf diese Aufgaben müsse sich die Politik in Japan nun konzentrieren, so Abe.

Ob die geringe Aufnahme von Flüchtlingen nun den konservativen Ansichten der Regierung geschuldet ist oder die geringe Erfahrung mit einer offeneren Migrationspolitik in der japanischen Geschichte im Allgemeinen die Grundlage dieses Phänomens bildet, ist für den Effekt irrelevant. Gerade deshalb ist es für jene, die auf die Straße gehen, wichtig, dass sich etwas bewegt im Land. Sie wollen eine offenere Gesellschaft.

EINE GESCHEITERTE BEWEGUNG?

Doch selbst wenn die Protestbewegung das Durchdrücken der Gesetzentwürfe nicht aufhalten konnte: Kann man sie wirklich als gescheitert abtun? Eine Bewegung, die sich durchaus mit den Protesten nach Fukushima vergleichen lässt, die es über die letzten Monaten geschafft hat, Hunderttausende auf die Straße zu bringen, zeigt, dass sich etwas tut in diesem Land. Sie versucht, politischen Aktivismus in der Gesellschaft neu zu verankern und bedient sich hierbei der Sprache eben jener jungen Generation, die häufig als apolitisch abgetan wurde.

Dieser politische Aktivismus, der sich gezielt gegen das altbackene System der LDP richtet und sich als weltoffene, antifaschistische Bewegung versteht, kann dazu beitragen, eine Wende einzuleiten. Wenn auch nicht in dieser Legislaturperiode, dann doch vielleicht in der nächsten.

Es ist eine Bewegung, die mit einer Partei abrechnen will, die auf eine Geschichte nahezu ununterbrochener Regierungsbeteiligung in den letzten 60 Jahren zurückblicken kann. Abgesehen von kurzen Intermezzi anderer Parteien in den 1990er Jahren und den Jahren 2009 bis 2012 waren die LDP und ihre Vorgänger immer mit federführend. Es wurde ein System etabliert, das auf die Verbindungen dieser Partei zur Wirtschaft und Verwaltung aufbaut und nur schwer zu durchbrechen ist, wie die bisher vergeblichen Versuche, sich von der Atomkraft loszusagen, gezeigt haben. Umso mehr verstehen sich die Protestierenden als Bewegung, die aufzeigt, dass es auch anders geht, dass Japan eine Zukunft haben kann, die nicht geprägt ist von fragwürdigen Ressentiments und Lobbyismus.

MITGESTALTEN IST COOL

Es wird eine Mammutaufgabe sein, das politische Bewusstsein der jungen Generation in einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten, in der das Senioritätsprinzip eine tragende Rolle spielt *und* der Anteil der über 64-Jährigen bereits jetzt mehr als 20 Prozent beträgt. Gerade nach einer Phase, in der das unmittelbare Protestziel nicht erreicht werden konnte, ist es wichtig, an dem Sinn der Proteste festzuhalten, anstatt in Resignation zu verfallen.

Des Weiteren ist es fragwürdig, ob in dieser Gesellschaft wieder eine Kultur der öffentlichen politischen Diskussion etabliert werden kann, wenn bereits das Kundtun der eigenen Meinung Hasstiraden und soziale sowie berufliche Exklusion zur Folge haben kann. Wenn sich Studierende und SchülerInnen im Hinblick auf ihren zukünftigen Ausbildungsplatz oder aufgrund von Angst vor sozialer Ausgrenzung zweimal überlegen müssen, ob sie politisch aktiv werden, ob sie auf die Straße gehen, ob sie beim Abendessen mit FreundInnen das Thema Politik ansprechen, kann sich auf Dauer kein Klima der aktiven politischen Partizipation entwickeln. Schaut man auf politische Bewegungen in der Vergangenheit, beispielsweise auf die Studentenproteste der 1960er und 1970er Jahre, aber auch auf die frühen reformpolitischen Bewegungen der Meiji-Zeit (1868–1912), wird deutlich, dass öffentliche Debatten – entgegen der herrschenden Meinung – doch zur japanischen Kultur gehören.

Trotz eines solchen Klimas ist eine positive Entwicklung vorstellbar, denn gerade die Kombination aus Meinungsäußerung, modischem Statement und musikalischer Untermauerung trifft den Zeitgeist in Japan. Mit ihrer Hilfe kann vermittelt werden, dass sich Mitgestalten lohnt und auf keinen Fall uncool ist.

Darüber hinaus bieten soziale Medien nicht nur eine Plattform für Hasskommentare, sondern für die Kommunikation der AktivistInnen untereinander – und das über Landesgrenzen hinweg. So können sie auch direkt mit Menschen aus den Nachbarländern in Kontakt treten und zeigen, dass ein Teil der jungen Generation und der japanischen Gesellschaft die geschichtsrevisionistische und aggressive Haltung der gegenwärtigen Regierung nicht mitträgt.

Umso wichtiger ist es, dass diese liberale Entwicklung gegen rechts auch im Ausland Aufmerksamkeit findet. Wie bei jeder anderen Bewegung schöpft man auch hier Kraft aus Anerkennung – und diese sollte gerade bei jungen Menschen nicht nur auf nationaler Ebene eine Selbstverständlichkeit sein. Internationale Solidarität mit der Antikriegsbewegung wird diese in ihrem Handeln bestärken. Wenn dies auf Dauer gelingt, wird sich ein politisches Bewusstsein ent-

wickeln können, das stärker ist als festgefahrene Strukturen und vielleicht sogar stärker als die nicht enden wollenden Wolkenbrüche zur Regenzeit in Japan.

Marius Palz studiert Ethnologie und Japanologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und arbeitet gegenwärtig zum Thema Minderheiten, vor allem der indigenen Minderheit der Ainu in Japan. Bis August 2015 hielt er sich in Tokio auf, wo er Augenzeuge der Protestbewegung wurde.

QUELLEN UND LITERATURHINWEISE

ASOSB: <http://anti-security-related-bill.jp/> (Stand: 17.11.2015).

KOHLBACHER, FLORIAN: Bevölkerungsentwicklung in Japan. Fokus Märkte, in: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Online-Handbuch Demografie, Mai 2010, unter: www.berlin-institut.org/online/handbuch-demografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/japan-fokus-maerkte.html (Stand: 20.11.2015).

MCCURRY, JUSTIN: New generation of Japanese anti-war protesters challenge Abe, in: The Guardian, 16.9.2015, unter: www.theguardian.com/world/2015/sep/16/japanese-anti-war-protesters-challenge-shinzo-abe (Stand: 17.11.2015).

MOTHERS AGAINST WAR: <http://mothers-no-war.color-balloons.net/> (Stand: 17.11.2015).

NIPPON KAIGI: www.nipponkaigi.org/ (Stand: 17.11.2015).

OSAKI, TOMOHIRO: «Racist» illustration of refugee girl sparks ire among Japan's netizens, in: The Japan Times News, 2.10.2015, unter: www.japantimes.co.jp/news/2015/10/02/national/social-issues/racist-illustration-refugee-girl-sparks-ire-among-japans-netizens/#.Vkopfb_rIYZ (Stand: 17.11.2015).

OSAKI, TOMOHIRO: Thousands protest Abe, security bills at Diet rally, in: The Japan Times News, 30.8.2015, unter: www.japantimes.co.jp/news/2015/08/30/national/thousands-protest-abe-security-bills-diet-rally/#.VksZOL_rIYa (Stand: 17.11.2015).

SEALDS: www.sealds.com/ (Stand: 17.11.2015).

SUNDA, MIKE: Japan's student protests: To the barricades in designer gear, in: BBC News, 20.10.2015, unter: www.bbc.com/news/world-asia-34581340 (Stand: 17.11.2015).

TAKAHASHI, GENISHIRŌ & SEALDS: Minshu shugi tte nanda? Mada kono kuni wo akiramenai tame ni. Kawade Shobō Shinsha, Tokyo 2015.

WENDLING, MIKE: Is this manga cartoon of a six-year-old Syrian girl racist?, in: BBC News, 8.10.2015, unter: www.bbc.com/news/blogs-trending-34460325 (Stand: 17.11.2015).

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V.i.S.d.P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Januar 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling